

Niederschrift Nr. 2 über die öffentliche Sitzung des Feuerschutzausschusses am 19.04.1999

Sitzungsort:

Feuerwehrhaus, Brückstraße 48

Sitzungsdauer:

17.00 Uhr - 18.20 Uhr

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

SPD

Beigeordneter Jürjen Heinks - Vorsitzender -
Ratsfrau Marianne Pohlmann
Ratsherr Johann Südhoff
Ratsherr Johann Wessels
Ratsherr Richard Woldmer
Ratsherr Wilhelm Jerems

Vertretung für den Ratsherrn Pauels

CDU

Ratsherr Hinrich Odinga
Ratsherr Werner Vollprecht

Bündnis 90/Die Grünen

Ratsherr Hermann Züchner

Beratende Mitglieder

Herr Heinz-Wilhelm Weber
Otto Wallerstein
Herr Tjade Boomgaarden

von der Verwaltung

Oberbürgermeister Alwin Brinkmann
Stadtbaurat Jan Röttgers
Städt. Oberamtsrat Wolfgang Münch
Brandoberinspektor Bernd Lenz
Brandschutzprüfer Alfred Paulsen
Herr Friedrich Helbing
Stadtangestellte Olga Onnenga als Protokollführerin

2 Vertreter der Presse
16 Zuhörer

Niederschrift Nr. 2 über die öffentliche Sitzung des Feuerschutzausschusses am 19.04.1999

Punkt 1: Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlußfähigkeit

Herr Heinks eröffnet die Sitzung und stellt fest, daß der Feuerschutzausschuß ordnungsgemäß geladen und beschlußfähig ist. Er begrüßt alle Anwesenden, besonders den Herrn Oberbürgermeister Brinkmann, die Vertreter der Presse und die Kameraden der Feuerwehren aus den verschiedenen Ortsteilen.

Punkt 2: Feststellung der Tagesordnung

Gegen die Tagesordnung werden keine Einwendungen erhoben.

Punkt 3: Genehmigung der Niederschrift Nr.1 über die öffentliche Sitzung des Feuerschutzausschusses vom 03.11.1997

Herr Odinga stellt in diesem Zusammenhang fest, daß der Feuerschutzausschuß leider nur sehr selten tagt. Er plädiert dafür Sitzungen in kürzeren Abständen abzuhalten, dieses könnte bei den Problemen bei der Feuerwehr nur von Vorteil sein.

Beschluß: Die Niederschrift Nr. 1 über die öffentliche Sitzung des Feuerschutzausschusses vom 03.11.1997 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 4: Vorlage 13/826
Kostenersatz- und Gebührensatzung der Feuerwehr

Herr Helbing trägt vor, daß aufgrund der Neuanschaffung des Vorausrüstfahrzeuges der Kosten- und Gebührentarif um die Pos. 2.3.1 erweitert werden muß.

Beschluß: Der Feuerschutzausschuß empfiehlt dem Rat der Stadt Emden die Erweiterung des Kosten- und Gebührentarifs zur Satzung über die Erhebung von Kostenersatz und Gebühren für die Dienst- und Sachleistungen der Freiwilligen Feuerwehr einschließlich der hauptberuflichen Wachbereitschaft der Stadt Emden außerhalb der unentgeltlich zu erfüllenden Pflichtaufgaben um die Position 2.3.1. zu beschließen.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 5: Vorlage 13/837
1. Änderung der Satzung für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Emden

Herr Helbing erläutert die Vorlage und verweist nochmals darauf, daß der Auslöser für die Überprüfung der Freiwilligen Feuerwehren durch die Bezirksregierung, die sehr hohen Unterhaltungskosten für das Feuerlöschboot war. Aus dem Vermerk der Bezirksregierung, welcher dem letzten Protokoll beigelegt war, geht auch hervor, daß mittels eines Formblattes die Daten zusammengestellt wurden, die als Grundlage für die Überprüfung und Aus-

Niederschrift Nr. 2 über die öffentliche Sitzung des Feuerschutzausschusses am 19.04.1999

wertung dienten. Um für die festgestellten Mängel Lösungsansätze aufzuzeigen, wurden mit dem stellvertr. Stadtbrandmeister, den betroffenen Ortsfeuerwehren und der Verwaltung mehrere Gespräche geführt. Die Ortswehren Logumer Vorwerk und Wybelsum waren mit dem Vorschlag einer Zusammenlegung zur Stützpunktwehr einverstanden. Zusätzlich sind Anfang März 1999 dann der Herr Oberbürgermeister Brinkmann, der stellvertr. Stadtbrandmeister Wallerstein, Herr Röttgers, Herr Münch und er nochmals bei den Ortswehren in Uphusen und Marienwehr gewesen, um die Probleme zu diskutieren und für einen Zusammenschluß dieser beiden Ortswehren zu werben.

Herr Oberbürgermeister Brinkmann erklärt, daß er bis zuletzt gehofft hatte, daß das Kommando eine positive Lösung herbeiführen könnte. Daß dies nicht geklappt hat, zeige, wie schwierig die Situation ist. Auch ihm, so erklärt **Herr Brinkmann**, wäre es lieber gewesen, wenn die Bezirksregierung nicht aktiv geworden wäre, aber die Vorgaben der Bezirksregierung können nicht einfach wegdiskutiert oder außer Kraft gesetzt werden. Für die Wehren Uphusen und Marienwehr würde sich bei einem Zusammenschluß bis auf die Kommandostruktur nichts ändern. Die Marienwehrster, die den Vorschlag bislang nur zur Kenntnis genommen, diesem aber bislang nicht zugestimmt haben, werden weiterhin ihr Fahrzeug sowie ihr Feuerwehrhaus behalten, könnten selbständig üben und dies alles, betont **Herr Brinkmann**, wird so lange ich Oberbürgermeister bin, auch nicht angetastet. Wir sind uns alle voll bewußt, daß neben der Hauptaufgabe der Feuerwehr: "Löschen, bergen und Menschen retten" auch ein großer kulturpolitischer Beitrag von den Feuerwehren geleistet wird. Dies, so sagt **Herr Brinkmann** weiter, war für mich Grund genug, den Wehren vor Ort in freundschaftlicher aber auch bestimmender Weise darzulegen, warum aufgrund der Vorgaben der Bezirksregierung eine Kooperation Sinn macht. Da der sächliche Bestand der Wehren nicht angetastet wird, sollte man aus der Vernunft heraus diesen Schritt gehen und zustimmen.

Zum Abschluß weist **Herr Brinkmann** noch auf den Antrag der F.D.P vom 02.03.1999 (Anlage der Beschlüßvorlage) hin.

Herr Münch gibt bekannt, daß das Konzept der Verwaltung einen Tag nach Ostern Herrn Moravec (Bezirksregierung Weser-Ems) vorgestellt wurde. Dieser hat für die Fusion seine Zustimmung gegeben. **Herr Münch** gibt zu bedenken, daß nach der Mindeststärkenverordnung 22 Mann pro Wehr vorgeschrieben sind. Auch der Rat ist an diese gesetzliche Vorgabe gebunden und kann daher nichts anderes beschließen.

Frau Pohlmann berichtet, daß seitens der SPD ein Arbeitskreis gebildet wurde, um sich der Sorgen und Nöte der Freiwilligen Feuerwehren anzunehmen. In mehreren Gesprächen sind viele Punkte zusammengekommen, die noch mit der Fraktion abgestimmt werden müssen, aus diesem Grunde plädiere sie dafür, die Vorlage an die Fraktionen zur Beratung und Entscheidungsfindung zurückzugeben.

In der darauf folgenden Diskussion wird festgestellt, daß das bundeseigene Fahrzeug in Uphusen durch ein kommunales Fahrzeug ersetzt werden muß, entsprechend muß auch das Feuerwehrhaus erweitert werden. Festgestellt wird weiter, daß der Mitgliederschwund sowohl in Logumer Vorwerk als auch in Marienwehr ein langer schleichender Prozeß war. Leider stellen sich immer weniger als Ehrenamtliche zur Verfügung und diese Tendenz macht auch vor den Feuerwehren nicht halt. **Herr Röttgers** macht darauf aufmerksam, daß dem Problem "Feuerwehrynachwuchs" auch nicht beizukommen ist, in dem man jetzt in Marienwehr ein neues Baugebiet ausweist. Er verweist dabei auf den vom Rat beschlossenen Flächennutzungsplan. Außerdem sei die soziale und technische Infrastruktur, wie die Schaffung von Straßen, Kanalisation, Schulen u.ä., zu berücksichtigen.

Herr Wallerstein sieht auch keine andere Lösung als die Fusion. Es sei wirklich alles versucht worden, um das Beste herauszuholen, aber aufgrund der Mindeststärkenverordnung sind uns einfach die Hände gebunden, bemerkt er. In Bezug auf die Beseitigung der Mängel bei den Feuerwehren ist **Herr Wallerstein** der Meinung, daß es "fünf vor zwölf" ist. Hier

Niederschrift Nr. 2 über die öffentliche Sitzung des Feuerschutzausschusses am 19.04.1999

muß ganz dringend was getan werden. Er geht davon aus, daß mindestens 800.000,- bis eine Million jährlich zusätzlich investiert werden müssen.

Herr Röttgers erklärt, daß die Sparmaßnahmen der vergangenen Jahre auch an der Feuerwehr nicht spurlos vorübergegangen sind. In diesem Zusammenhang weist er darauf hin, das momentan eine Prioritätenliste erstellt wird, in der die sorgfältig ermittelten Kosten für die beanstandeten baulichen Mängel an den Feuerwehrhäusern aufgeführt werden, um dem Rat einen Zeit- und Kostenrahmen an die Hand zu geben.

Herr Münch macht darauf aufmerksam, daß die Feuerwehr-Unfallkasse Hannover bereits mit Schreiben vom 13.04.1999 anfragt hat, welche Maßnahmen veranlaßt bzw. vorgesehen sind, um die sicherheitstechnischen Mängel abzustellen. (Das Schreiben wird dem Protokoll als Anlage beigefügt).

Zum Abschluß der Diskussion wird festgestellt, daß **Herr Oberbürgermeister Brinkmann** gerne eine Entscheidung über die Vorlage mitgenommen hätte, damit die Feuerwehrleute aus Marienwehr Gewißheit bekommen. Aufgrund der noch offenen Fragen bzw. der fehlenden Abstimmung wird die Vorlage aber an die Fraktionen verwiesen.

Ergebnis: Verweisung an die Fraktionen

Punkt 6: Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Herr Münch berichtet, daß vor über einem Jahr der Brandschutzprüfer Lühring in den Ruhestand gegangen ist, die Stadt Emden nun aber seit dem 18.12.1998 wieder über einen Brandschutzprüfer verfügt.

Herr Paulsen, der neue Brandschutzprüfer stellt sich mit einem kurzen Bericht über seinen bisherigen beruflichen Werdegang dem Feuerschutzausschuß vor.

Punkt 7: Anfragen

Herr Münch weist zum Sitzungsmodus des Feuerschutzausschusses darauf hin, daß aufgrund eines Ratsbeschlusses nur Sitzungen stattfinden sollen, wenn Beschlüsse gefaßt werden.

a)

Herr Odinga fragt Herrn Wallerstein wie hoch die Mitgliederstärke in den letzten 10 Jahren war.

Herr Wallerstein bemerkt, daß man in den letzten Jahren einen Mitgliederschwund von 471 auf 414 Mitglieder zu verzeichnen hat.

b)

Herr Wessels möchte wissen, ob es aufgrund der Inbetriebnahme vom Volkswagenwerk und Philipps Petroleum mit den Feuerwehren Wybelsum, Logumer Vorwerk und Larrelt eine Vereinbarung gibt.

Herr Münch erwidert, daß sowohl VW als auch Philipps Petroleum über eine eigene Werksfeuerwehr verfügen. Es gibt aber interne Alarmierungspläne in denen auch die Feuerwehren Wybelsum, Logumer Vorwerk und Larrelt Berücksichtigung finden. Auf die Frage von **Herrn**

Niederschrift Nr. 2 über die öffentliche Sitzung des Feuerschutzausschusses am 19.04.1999

Odinga, ob diese Firmen eine eigene Werksfeuerwehr vorhalten müssen, verweist **Herr Münch** auf die gesetzlichen Vorschriften, die von der Bezirksregierung als Aufsichtsbehörde geprüft und durchgesetzt werden.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 18.20 Uhr.